



# Glaubenssachen

---

Sonntag, 5. September 2021, 08.40 Uhr

Konflikttreiber oder Friedensstifter?  
Die Religionen und der 11. September  
Von Matthias Drobinski

Redaktion: Claudia Christophersen  
Norddeutscher Rundfunk  
Religion und Gesellschaft  
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22  
30169 Hannover  
Tel.: 0511/988-2395  
[www.ndr.de/ndrkultur](http://www.ndr.de/ndrkultur)

- Unkorrigiertes Manuskript -

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Es war ein unendlich blauer Tag, in New York genauso wie in Deutschland, der 11. September 2001 schien geschaffen für Spätsommerlyrik und nicht für vieltausendfachen Mord. Und doch geschah er. Zwei Passagiermaschinen schlugen in die Türme des World Trade Centers ein, zwei weitere gruben Schneisen ins Pentagon in Washington und in den weichen Boden von Shanksville. Die riesigen Türme in New York zerfielen zu Staub und mit ihnen die Menschen in den Türmen, so sie nicht zuvor in den Abgrund gesprungen waren. Die Todespiloten des Osama Bin Laden brachten an diesem sonnigen Tag Angst und Schrecken in noch nicht gekannter Weise in die reiche und wohlgeordnete westliche Welt, die sich so sicher wähnte, so unverwundbar. Es war die bislang schwerste Terrorattacke in der Geschichte.

Auch heute noch, 20 Jahre später, wissen die meisten über 30-Jährigen, wo sie waren und was sie taten an diesem 11. September 2001. Sie waren am Arbeitsplatz – in Deutschland war es früher Nachmittag – beim Einkaufen, im Urlaub; überall saßen die Menschen fassungslos gebannt und in stummem Entsetzen vor den Fernsehern. Der Terror fand live vor den Augen der Welt statt. Auch das machte ihn so erschreckend und verstörend und verstärkte die Angst, es könnte alle überall und jederzeit treffen. Den meisten Kommentaren des Tages war klar: Dieser Tag ist ein historischer Einschnitt. Jetzt erst hat das 21. Jahrhundert begonnen, ein Jahrhundert voller neuer politischer und kultureller Auseinandersetzungen. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreichs hatten in den USA und Europa zwei Zukunftsvisionen um die Deutungshoheit gerungen. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach vom ultimativen Siegeszug der liberalen Demokratie, der das „Ende der Geschichte“ markiere, sein Kollege Samuel Huntington prophezeite dagegen einen „Kampf der Kulturen“, vor allem mit dem erstarkenden China und mit der islamischen Welt. An diesem Dienstag im September 2001 schien Fukuyama widerlegt und Huntington im Recht zu sein. Natürlich änderte sich die Welt nicht von Grund auf an diesem Tag. Der islamistische Terror war schon länger da: Schon 1993 hatten Al Kaida-Terroristen versucht, das World Trade Center in die Luft zu jagen. Und es ging ja doch auch, nach Wochen des Schockzustandes und der Trauer, das Leben in den USA und Europa weiter. Viele Staaten verschärfte ihre Sicherheitsgesetze, doch sie blieben weitgehend freie Gesellschaften. Ihre Bürgerinnen und Bürger setzten sich wieder in Flugzeuge und besuchten Volksfeste; die Börse erholte sich. Selbst die Anschläge in Madrid 2004 und in London 2005 mit insgesamt mehr als 250 Toten änderten daran nichts. Sollte es das Ziel des Terror-Chefs Osama Bin Laden gewesen sein, die westlichen Demokratien in die Agonie zu bomben, dann war er damit grandios gescheitert. Sollte er gehofft haben, die Umma, die muslimische Weltgemeinschaft, zum Kampf gegen den Westen bewegen zu können, musste er sich bitter enttäuscht sehen. Es gab am Abend des 11. Septembers 2001 Siegesfeiern von Islamisten, auch in Europa. Doch die große Mehrheit der Muslime war entsetzt. Es waren, weltweit gesehen, ja auch vor allem sie, die seit Jahren dem Terror der vermeintlichen Hüter des wahren Islams zum Opfer fielen.

Dennoch markiert dieser 11. September 2001 eine Zäsur. Er war im Wortsinn apokalyptisch: Es offenbarte sich ein neues Bild der Welt und Gegenwart, die grausame und abgründige Seite der Religion in ihrer modernsten Gestalt: dem Terror im Namen Gottes. Grell beleuchtet vom Feuerschein der explodierenden Flugzeuge erschien ein fundamentalistisch-aggressiver Islamismus auf der Weltbühne, der sich

auf die vielen kriegerischen Passagen im Koran berief und ein politisches System auf dem Boden einer mittelalterlich interpretierten Scharia propagierte, der Hass auf alles predigte, was irgendwie westlich erschien.

Wirklich neu war das allerdings nicht. Schon der Anfang des 20. Jahrhunderts entstehende Islamismus hatte jene Gedankenkonstruktionen entwickelt, die auch Mohammed Atta und die anderen Attentäter des beginnenden 21. Jahrhunderts trieben: In der westlichen Denk- und Lebensweise liegt nicht die Zukunft, sondern der Untergang der Muslime. Nur die Rückkehr zu einem reinen, ursprünglichen Islam wird die Fremdherrschaft der westlichen Mächte beenden können. Die Nähe dieser Konstruktion zu der ungefähr gleichen Zeit entstehenden fundamentalistisch-reaktionären christlichen Kultur- und Modernekritik ist frappierend. Said Qutb, der 1966 in Ägypten hingerichtete Mitbegründer der Muslimbrüder, zitiert in seinen Schriften niemanden so häufig wie den französischen katholischen Fundamentalisten Alexis Carrel, der in den dreißiger Jahren die westliche Moderne als Barbarei beschrieb und ein Staatssystem propagierte, in dem die Religion über Politik, Gesellschaft und Kultur wacht.

Die iranische Revolution von 1979 hatte in der gesamten islamischen Welt die religiöse Deutung bislang politisch interpretierter Konflikte verstärkt. Die Charta der von Iran aus unterstützten Palästinenser-Organisation Hamas nannte 1988 als Ziel ihres Kampfes, „die Fahne Allahs über jedem Zoll Palästinas aufzuziehen“; sie sollte damit bald die PLO mit ihrer säkular-nationalistischen Ideologie in die Defensive bringen. In der Türkei begann der Aufstieg der islamistischen Bewegung Milli Görüs, und selbst im reichen, mit den USA eng verbündeten Saudi-Arabien wuchs die Zahl derer, die sich im großen Kampf gegen den satanischen Westen wähnten, so auch der Millionärs-Jüngling Osama Bin Laden aus einer einflussreichen Bauunternehmer-Familie.

Die Reaktion der westlichen Staaten auf diese Entwicklung war widersprüchlich und uneinheitlich gewesen. Sie hatten in Ägypten und im Maghreb autoritäre säkulare Regime unterstützt, um die Machtübernahme der Islamisten zu verhindern - zugleich aber in Afghanistan die Taliban in ihrem Kampf gegen die sowjetischen Besatzer gestärkt und damit den Aufstieg der vor keiner Brutalität zurückschreckenden Islamisten gefördert. Im Golfkrieg Anfang 1991 wiederum vernichtete die westliche Allianz die Militärmacht des irakischen Diktators Saddam Hussein; fortan war Iran die dominierende Macht in der Region. Die Politik der westlichen Staaten folgte bis 1989 der Logik des Kalten Krieges und danach dem unerschütterlichen Selbstbewusstsein, die Welt ordnen und zum Besseren führen zu können. Umso größer war der Schock am 11. September 2001. Gegenüber der suizidalen Militanz einer Gruppe fanatisierter Studenten schien die einzig verbliebene Supermacht hilf- und wehrlos.

Vor allem in der Rückschau nach zwanzig Jahren wird offenbar, wie sehr auch die westliche Politik sich nach dem Attentat religiöser Motive bediente, um die Konflikte einer globalisierten Welt zu deuten. Neun Tage nach dem Anschlag, noch ganz unter dem Eindruck des furchtbaren Geschehens, sagte George W. Bush, der Präsident der Vereinigten Staaten, in einer Rede vor beiden Kammern des Repräsentantenhauses: „Dies ist ein Kampf der Welt. Dies ist der Kampf der Zivilisation. Dies ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glauben.“

Das Wort vom Kreuzzug gegen den islamistischen Terror nahm Bush später zurück, auch suchte er das Gespräch mit muslimischen Vertretern im Land, um zu zeigen: Die Vereinigten Staaten führen keinen Kampf gegen „den Islam“. Und doch prägte das Bild vom Krieg, den es nun zu führen gelte, die Politik. Präsident Bush hätte die Terroristen auch als Kriminelle bezeichnen können, als Massenmörder, gefangen in ihrem religiösen Wahn. Das hätte es gerechtfertigt, mit aller Kraft und allen rechtsstaatlichen Mitteln weltweit die Hintermänner und Unterstützer der Terrorgruppe zu ermitteln, ihnen den Prozess zu machen, sie hart zu bestrafen. Den Terrorakt als Kriegserklärung zu begreifen aber bedeutete, den Konflikt zu entgrenzen. Gegen den existenzbedrohenden Feind war der Kampf mit allen Mitteln erlaubt. Er rechtfertigte die von einer breiten internationalen Koalition getragene Invasion in Afghanistan und die „Koalition der Willigen“ gegen Saddam Hussein im Irak, auch wenn der nicht die Chemiewaffen besaß, von denen die Geheimdienste redeten. Im Kampf gegen das Böse wurde selbst ein Gefangenenlager wie das in Guantanamo möglich und ein Foltergefängnis wie jenes in Abu Ghraib. Und als am 2. Mai 2011 eine Spezialeinheit der Navy Seals Osama Bin Laden in Pakistan erschoss, da war die staatlich inszenierte Freude im Westen mehr als die Erleichterung über das Ende eines Massenmörders. Die tödlichen Schüsse wurden zur Erlösungstat, zur Befreiung vom Bösen – und damit befreit von allen ethischen Dilemmata.

Die rot-grüne Bundesregierung in Deutschland hat nach dem 11. September 2001 durchaus Distanz zur Politik und Rhetorik der Bush-Regierung erkennen lassen. Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte klar nein zur Invasion im Irak und nahm dafür einige transatlantische Verstimmung in Kauf. Doch erstmals in ihrer Geschichte beteiligte sich die Bundeswehr in Afghanistan an einer kriegerischen Auseinandersetzung, gab es Gefallene, kehrten Soldaten als Veteranen heim, erklärte Verteidigungsminister Peter Struck, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt. Die Bundeswehr war stolz darauf, in Afghanistan Brunnen zu bohren und Schulen für Mädchen zu bauen. Aber sie ordnete auch jenen Luftangriff in Kundus auf zwei Tanklastwagen an, bei dem um die hundert Menschen starben. Innenpolitisch verlagerte sich die Wahrnehmung von Konflikten. Aus der Integrationswurde die Islamdebatte. In deren Mittelpunkt stand nicht mehr die Frage, wie Bildungsdefizite von Menschen mit Migrationsgeschichte verringert werden könnten, wie patriarchale Geschlechter- und Familienrollen verändert werden sollten, die es ja auch in traditionell christlich geprägten Gesellschaften gibt. Die Religion wurde das Problem, „der“ Islam zur Ursache allen Übels. Der Schock des 11. September befreite immerhin den Dialog mit den muslimischen Gemeinden und Communities von einigen naiven Fehleinschätzungen und Multikulti-Utopien. Aber die religiöse Aufladung gab der Zuwanderungsfrage den Duktus des Unlösbaren: Solange die neuen Bürgerinnen und Bürger ihre Religion behielten, waren und blieben sie ein Problem. Das hat viele Musliminnen und Muslime von ihrer neuen Heimat entfremdet.

Wie sehr auch in Deutschland die quasireligiöse Deutung ins allgemeine Denken eingegangen war, dass nach dem 11. September „der Westen“ seine Werte in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung verteidigen und auch missionarisch weitergeben müsse, zeigte sich, als im Januar 2010 Margot Käßmann, die damalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, sagte: „Nichts ist gut in Afghanistan“. Die

Empörung, die der eher nebenbei gesagte Satz auslöste, ließ sich nur damit erklären, dass die oberste Vertreterin des deutschen Protestantismus an einem Tabu gerührt hatte: Es musste einfach gut sein in Afghanistan. Und dass sich die gute Absicht nicht in gleichem Maße in guten Ergebnissen materialisierte, das erschien unaussprechbar, geradezu häretisch. Es waren ohnehin viele Kirchenvertreter skeptisch gegenüber der religiösen Überhöhung dieses Kampfes gegen eine nicht zu leugnende terroristische Gefahr. Der kranke Papst Johannes Paul II. kämpfte nach dem 11. September 2001 bis zuletzt gegen die Invasion unter Führung der USA in den Irak. Beim Neujahrsempfang 2003, als sich die Truppen der „Koalition der Willigen“ zum Angriff auf den Irak versammelten, richtete er einen dramatischen Appell an die versammelten Diplomaten: „Nein zum Krieg! Er ist nie ein unabwendbares Schicksal. Er ist immer eine Niederlage der Menschheit.“

Vor zehn Jahren herrschte zum Gedenktage des Attentats noch Optimismus: Osama Bin Laden war tot, der 2009 gewählte US-Präsident Barack Obama stand für eine Supermacht, die eine menschenrechts-orientierte Außenpolitik betrieb, die Lage in Afghanistan und dem Irak schien einigermaßen stabil zu sein. Vor allem aber hatte im Arabischen Frühling eine Jugendbewegung eine ganze Generation von Autokraten vertrieben, wollte Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit.

Im September 2021 dagegen herrscht Ernüchterung. Der Arabische Frühling ist weitgehend gescheitert, eine Million Flüchtlinge kam nach seinem Ende 2015 allein nach Deutschland, aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Äthiopien, Eritrea. Die Terrororganisation Islamischer Staat überrannte den Irak und Teile Syriens und brachte den Terror zurück nach Europa, erst die Luftangriffe der USA und ihrer Verbündeten machten dem Schrecken ein vorläufiges Ende. Und in Afghanistan erscheint derzeit tatsächlich nichts mehr gut: Nach dem Abzug der internationalen Truppen haben die Taliban das Land in kürzester Zeit zurück-erobert, hastig wurden die Botschaftsangehörigen der westlichen Staaten evakuiert, viele Afghaninnen und Afghanen, die für die westlichen Armeen gearbeitet haben oder für Hilfsorganisationen - sie bleiben zurück.

Erschreckende, verstörende, zornig machende Bilder sind das. „Der Westen“ - längst ist nicht mehr klar, was das ist. Die Rede von den westlichen Werten, die es zu verteidigen und als Erlösungskonzept in die weite Welt zu tragen gelte, war auch schon unmittelbar nach dem 11. September hochgradig ambivalent. Die Truppen dieses Westens befreiten die Menschen im Irak von der Diktatur Saddam Husseins und die in Afghanistan von der Schreckensherrschaft der Taliban - doch sie brachten auch Leid und Tod und neue Unsicherheit. Sie erschienen schon damals den Einheimischen als neue Herren auf Zeit, nicht als Garanten der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit. Und schon gar nicht machten sie Anstalten, den westlichen Wohlstand mit den Irakern oder Afghaninnen zu teilen, das Wort von der Weltgemeinschaft ernst zu nehmen.

Der Westen wiederum, in Nordamerika wie in Europa, hat sich in diesen 20 Jahren nach dem 11. September 2001 als zunehmend uneinig, gar zerstritten gezeigt. Das Wertesystem des US-Präsidenten Donald Trump, der auf Barack Obama folgte, unterschied sich zum Beispiel so sehr von dem der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass man sich fragen kann, ob es diesen „Westen“ überhaupt noch gibt, als Raum gemeinsamer Demokratie-, Gesellschafts- und Normvorstellungen. Auch in Europa ist spätestens in der Flüchtlingskrise von 2015 jener Universalismus unter

Druck geraten, der im Herbst 2001 die Anti-Terror-Koalition einte – und den Donald Trump dezidiert ablehnte. Rechte Parteien wollen gar nicht mehr Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in alle Welt tragen, sie wollen, dass sich diese Regierung um eigene Volk kümmert. Ihr Erfolg hat die Diskurse verändert.

Und so ist auch in dem Teil der Welt, der sich vor 20 Jahren als bewusster Gegenentwurf zur islamitischen Theologie des Terrors definierte, das Feinddenken gewachsen, die Bereitschaft, Sündenböcke zu benennen und in die Wüste zu schicken. Die Aggression der Islamisten gegen den Westen ist gefährlich, aber kein Zeichen der Überlegenheit dieses Religionsverständnisses gegenüber dem laschen christlichen Westen; der Islamwissenschaftler Hamid Abdel-Samad sieht eher Anzeichen für den Untergang des Islams durch seine innere Aushöhlung. Aber es geht ja auch in solchen Feindbildern weniger um die Wahrheit als vielmehr um Identität. Wie eine geistige und religiöse Heimat finden in der globalisierten Welt, wie das Eigene und Unverwechselbare bewahren, wie mit den immer neuen Unsicherheiten fertig werden?

So gesehen haben die 20 Jahre nach dem 11. September 2001 auch die Identitätsschwäche dieses Westens offenbart, nicht nur die der islamischen Welt. Was diese Identität des Westens ausmacht, ist nicht mehr klar zu definieren. Sind es noch die Ideale der Aufklärung, der Demokratiebewegung, ist es noch die Hoffnung auf eine gerechte Welt, in der die Würde des Menschen das oberste Ziel des staatlichen und überstaatlichen Handelns ist? Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie nötig es wäre, die Welt über alle ideologischen, politischen, religiösen Grenzen hinweg als Schicksalsgemeinschaft zu begreifen, der Klimawandel führt noch einmal schärfer vor Augen, dass die Erderwärmung nur in einer gemeinsamen globalen Anstrengung zu begrenzen ist – die Vorstellung einer Weltgemeinschaft als Verantwortungsgemeinschaft aber erscheint ferner als vor 20 Jahren.

Vielleicht hilft ja, 20 Jahre nach dem 11. September, eine Art Säkularisierung des Begriffs vom Westen, seine Entzauberung. Sein definitives Ende zu propagieren führt nicht weiter, auch wenn die Rassismus- und Kolonialismusdebatte dem Auftrieb gegeben hat – der Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie, eine dem Sozialen verpflichtete Marktwirtschaft erscheint derzeit immer noch als die lebbarste und menschenfreundlichste Form, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu koordinieren; nicht ohne Grund fliehen immer noch hunderttausende Menschen jedes Jahr in diesen Westen. Aber der demokratisch verfasste und ökonomisch so mächtige Teil der Welt muss sich von seinen eigenen Ansprüchen treffen lassen, die Dilemmata sehen, die daraus entstehen. „Der Westen“ rettet Leben mit aufwendigen humanitären Programmen und zerstört sie zugleich durch seinen maßlosen Ressourcenverbrauch, er hat durch seine Kolonialgeschichte die Ungleichheit und Gewalt mit verursacht, die er nun beklagt und bekämpft. Alle Heiligung der eigenen Positionen und Ziele erscheint da unangebracht – aber es ist ja nur gut, dass diese Selbstsicherheit nachhaltig gestört ist. Es ermöglicht Verantwortungsübernahme in Demut. Vielleicht ist es nicht viel mehr als das, was bleibt, 20 Jahre nach diesem Dienstag im September, der die Welt veränderte.

\* \* \*

Zum Autor:

Matthias Drobinski ist Publizist und Redakteur bei der christlichen Wochenzeitschrift Publik-Forum; sein Themenschwerpunkt: Religion, Theologie, Kirche